***Wichtige Mitteilung für die beim Land beschäftigten Angestellten,
Arbeiterinnen u. Arbeiter***

Informationen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L)

Der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und der Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-Länder) werden am 01. November 2006 in Kraft treten und die geltenden Manteltarifverträge BAT und MTArb weitestgehend ablösen.

Die Überleitung der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter erfolgt zum Stichtag 1. November 2006. Übergeleitet werden diejenigen Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnis zum Land über den 31. Oktober 2006 hinaus fortbesteht und ab dem 1. November 2006 unter den Geltungsbereich des TV-L fällt.

Dies gilt auch für Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis ruht. Maßgeblich ist allein, dass zum Überleitungsstichtag ein Arbeitsverhältnis besteht, welches über den 31. Oktober 2006 hinaus zum Land fortbesteht.

Die Überleitung der Beschäftigten wird in zwei Schritten durchgeführt. Zunächst erfolgt im Einzelfall die Zuordnung zu einer neuen Entgeltgruppe durch die personalverwaltende Dienststelle; danach erfolgt die Zuordnung zur maßgebenden Stufe der neuen Entgeltgruppe durch die bezügelnde Dienststelle.

Wegen dieses zeitaufwändigen Verfahrens werden die Bezüge ab November 2006 zunächst grundsätzlich nach bisherigem Recht unter Vorbehalt als zu verrechnende Abschlagszahlungen weitergewährt. Erst wenn die personalverwaltenden Dienststellen der bezügelnden Dienststelle die erforderlichen Angaben mitgeteilt haben, können die ab 1. November 2006 zustehenden Bezüge nach dem neuen Tarifrecht berechnet und ausgezahlt werden.

Wir bitten daher, von Anfragen zunächst Abstand zu nehmen.

Wichtige Hinweise :

Kinderbezogener Ortszuschlag; Sozialzuschlag

Der TV-L sieht keine kinderbezogenen Leistungen mehr vor. Für vorhandene Kinder, für die im Oktober 2006 kinderbezogener Ortszuschlag oder Sozialzuschlag zusteht, und für zwischen dem 1. November 2006 und dem 31. Dezember 2006 geborene Kinder der übergeleiteten Beschäftigten ist in § 11 TVÜ-Länder eine Besitzstandsregelung vorgesehen. Die Unterbrechung der Entgeltzahlung im Oktober 2006 bei Ruhen des Arbeitsverhältnisses wegen Elternzeit, Rente auf Zeit oder Ablauf der Krankenbezugsfristen ist für das Entstehen des Anspruchs auf die Besitzstandszulage unschädlich. Diese Besitzstandsregelung greift aber nicht, wenn eine andere im öffentlichen Dienst stehende Person als Kindergeldberechtigte bestimmt ist und ihrerseits die entsprechenden kinderbezogenen Leistungen (Familien-, Orts- oder Sozialzuschlag) bezieht.

Ist die andere Person teilzeitbeschäftigt, erhält sie aufgrund der bestehenden Konkurrenzvorschriften die kinderbezogenen Leistungen unter bestimmten Voraussetzungen bisher ungekürzt. Nach In-Kraft-Treten des TV-L sind die Konkurrenzregelungen in diesen Fällen jedoch nicht mehr anwendbar, so dass auch in diesen Fällen die kinderbezogenen Leistungen nur noch anteilmäßig entsprechend der reduzierten Arbeitszeit gezahlt werden können. Die Tarifvertragsparteien haben deshalb für überzuleitende Beschäftigte, die im Oktober 2006 nicht kindergeldberechtigt sind und bisher keinen kinderbezogenen Ortszuschlag oder Sozialzuschlag

erhalten, die Möglichkeit des Berechtigtenwechsels für den Kindergeldanspruch eröffnet. Erfolgt **bis 31. Dezember 2006 (Ausschlussfrist!)** ein Berechtigtenwechsel beim Kindergeld, so begründet dieser einen Anspruch auf Zahlung einer Besitzstandszulage **ab dem auf die Antragstellung folgenden Monat**. Dies gilt auch in den in Absatz 1 Satz 2 genannten Fällen.

Wir weisen deshalb ausdrücklich daraufhin, dass für die Zahlung einer Besitzstandszulage **bereits ab November 2006** eine Antragstellung bis spätestens 31. Oktober 2006 erforderlich ist. Der **Antrag** für den Berechtigtenwechsel ist an die Stelle zu richten, die für die Zahlung des Kindergeldes zuständig ist (Landesamt für Besoldung und Versorgung oder die Agentur für Arbeit).

Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

In § 22 TV-L und § 13 TVÜ-Länder wird die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall neu geregelt.

Grundsätzlich wird das Entgelt ab dem 01. November 2006 längstens bis zum Ende der 6. Woche fortgezahlt und der Krankengeldzuschuss, der bisher längstens bis zum Ende der 26. Woche gezahlt wurde, wird nunmehr längstens bis zum Ende der 39. Woche gezahlt.

Angestellte, deren Arbeitsverhältnis vor dem 01. Juli 1994 begonnen hat und weiterhin fortbesteht, hatten nach § 71 BAT einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung bis zur Dauer von 26 Wochen seit Beginn der Arbeitsunfähigkeit. Diese Personen haben, solange ihr Arbeitsverhältnis ununterbrochen fortbesteht, einen Entgeltfortzahlungsanspruch bis zur Dauer von 26 Wochen jetzt nur noch, wenn sie in der privaten Krankenversicherung versichert sind, oder – insoweit **nur auf Antrag** – wenn sie freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind und dort am 19. Mai 2006 (Tag der Grundsatzvereinbarung mit den Gewerkschaften) aufgrund individueller Vereinbarungen einen Anspruch auf Krankengeld erst ab der 27. Woche seit Beginn der Arbeitsunfähigkeit hatten (dieser Umstand ist durch eine Bestätigung der Krankenkasse nachzuweisen). Der Antrag ist von dem freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten **bis zum 31. Dezember 2006 (Ausschlussfrist!)** beim Landesamt für Besoldung und Versorgung zu stellen.

Soweit hiernach künftig noch ein Entgeltfortzahlungsanspruch bis zur Dauer von 26 Wochen besteht, besteht kein Anspruch auf einen Krankengeldzuschuss, auch nicht für die Zeit nach Ablauf der 26. Woche.

Änderung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit

Da ab 1. November 2006 grundsätzlich eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 39,5 Stunden gilt, kann bei Teilzeitbeschäftigten, mit denen im Arbeitsvertrag bisher eine feste Stundenzahl auf der Basis einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden vereinbart ist, eine Verminderung der Bezüge eintreten, wenn ihre individuelle Arbeitszeit nicht in Relation zur verlängerten Regelarbeitszeit aufgestockt wird (Beispiel : Bei einer arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit von 10 Wochenstunden wurden bisher 10/38,5 der Vergütung eines Vollbeschäftigten gezahlt; ohne eine Anpassung der Arbeitszeit könnten künftig nur noch 10/39,5 der Vergütung eines Vollbeschäftigten gezahlt werden. Damit weiterhin die Höhe des bisherigen regelmäßigen Brutto-Entgelts erreicht wird, müsste bei einer künftigen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 39,5 Stunden eine arbeitsvertragliche Aufstockung auf 10,26 Wochenstunden erfolgen). Nach § 28 TVÜ-Länder haben Beschäftigte - mit Ausnahme von Beschäftigten in Altersteilzeit - **auf Antrag** einen Anspruch auf eine solche Aufstockung. Ein diesbezüglicher Antrag auf Aufstockung muss **bis 31. Januar 2007** bei der personalverwaltenden Stelle gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Landesamt für Besoldung
und Versorgung Baden-Württemberg